

# «Wir haben Konflikte. Wir streiten!»

Doris Leuthard wird zum zweiten Mal Bundespräsidentin. Hier verrät sie, was sie 2017 erreichen will, wer alles nach ihrem Amt schiebt, wie im Bundesrat gerungen wird und dass sie gerne Liebesromane liest. Von Philipp Gut, Hubert Mooser und Thomas Buchwalder (Bild)

Sie war die vielleicht beliebteste Präsidentin der CVP, sitzt seit gut zehn Jahren in der Landesregierung und wird 2017 die Schweiz im In- und Ausland als Bundespräsidentin repräsentieren: Doris Leuthard. Die Instanzpolitikerin aus dem aargauischen Freiamt macht auf dem Berner Politparkett seit Jahren *bella figura*, selbst wenn sie im Gegenwind steht. Derzeit kämpft die Vorsteherin des Departements für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation (Uvek) für ihre Energiestrategie 2050, die SVP sammelt Stimmen für ein Referendum. Im Februar will Leuthard die Abstimmung über die neue Verkehrsfinanzierung gewinnen.

Wir treffen die frischgewählte Bundespräsidentin am frühen Vormittag an ihrem provisorischen Amtssitz in der Berner Kochergasse. Die Atmosphäre ist locker und entspannt, auf kritische Fragen antwortet Leuthard mit einem entwaffnenden Lächeln. Zugleich macht sie deutlich, dass sie sich von niemandem drängen lässt, auch nicht von der eigenen Partei. Spekulationen über einen möglichen Rücktritt nach dem Präsidentschaftsjahr begegnet die Bundesrätin mit der Aussage, Druck von aussen wirke auf sie «eher kontraproduktiv. Und das wissen meine Leute auch.»

**Frau Leuthard, nach Ihrer Wahl zur Bundespräsidentin haben Sie gesagt, die Schweiz von morgen zu gestalten, beginne mit einer Vorstellung, einem Bild im Kopf. Welches Bild der Schweiz schwebt Ihnen denn vor?**

Die Schweiz der Zukunft wird sicher noch mehr Einwohner haben, aber die Digitalisierung und die Veränderungen der Mobilität werden die grösseren Herausforderungen sein. Die Welt wird technischer werden. Das wird bei vielen Menschen das Bedürfnis nach Wärme und Geborgenheit, aber auch nach der Natur wecken. Gerade in einer hochtechnisierten Welt werden Wohnlichkeit und Grünflächen wichtig sein.

**Viele Leute fühlen sich angesichts des rasanten Wandels in der globalisierten Wirtschaft verunsichert. Welchen Spielraum hat die Politik überhaupt noch?**

Seit der Finanzkrise hat die Politik wieder mehr Einfluss gewonnen, mehrere Banken mussten gerettet werden. Auch die Nationalbanken sind weltweit nicht mehr so

unabhängig, das finde ich persönlich aber nicht so gut. In der Finanzkrise hat es viele Verlierer gegeben. Ich erwarte daher von den Regierungen, dass sie ihre Verantwortung wahrnehmen und den Menschen eine Perspektive bieten und Reformen realisieren, statt zu reden. Die Balance zwischen Wirtschaft und Politik muss stimmen.

**Sind Sie selbst denn mit dieser neuen Welt vertraut? Haben Sie digital aufgerüstet?**

Nein, das kann man nicht sagen, ich bin nicht auf Facebook und Twitter. Dafür habe

**«Man kann sich als Bundesrat gut verstecken und die Führung der Verwaltung überlassen.»**

ich keine Zeit. Aber ich muss mich damit befassen, damit ich es verstehen kann. Für die jungen Menschen ist das ganz normal. Als ich neulich in Kanada war, versandten alle jungen Journalisten noch schnell ein paar Bilder oder Videos via Snapchat, das wird bei uns wohl bald die Norm sein. Allerdings muss ich sagen, dass ich mich in meiner herkömmlichen Welt noch ziemlich wohl fühle.

**Wie lange möchten Sie die Schweizer Politik noch mitgestalten?**

Jetzt möchten Sie wieder über meinen Rücktritt reden? Bei der Feier zu meinem Bundespräsidium 2017 habe ich erfahren, dass Emil Welti sechsmal Bundespräsident war. Wenn ich in die Nähe davon kommen möchte, müsste ich noch einige Zeit weitermachen.

**Dann bekämen die FDP und die SP wohl ein Problem.**

Wahrscheinlich andere auch! Meine Partei hätte wohl auch Freude, wenn es wieder einmal einen Wechsel gäbe. Ich lese immer wieder, dass es viele gibt, die Interesse haben an meinem Job.

**Wir hören, dass vor allem die FDP und die SP Ihr Departement übernehmen möchten.**

Das mag sein. Aber ich entscheide selber, wann ich gehe.

**Aber es gibt auch das Parteikalkül.**

Das würde bei mir nichts nützen, das wäre eher kontraproduktiv. Und das wissen meine Leute auch.

**Ist das Ihr Charakter? Schalten Sie auf stur, wenn Druck kommt, bauen Sie Gegendruck auf?**

Ich höre Argumenten gern zu, aber seine Unabhängigkeit kann man nur wahren,

wenn man sich eine Schicht Teflon wachsen lässt. Sonst wäre man ja auch gegenüber Lobbyisten und allen möglichen Interessengruppen empfänglich. Dies wäre eines Regierungsmitglieds unwürdig.

**Spüren Sie, dass etwa eine Simonetta Sommaruga nach Ihrem Departement schiebt?**

Sie hat sich schon als Parlamentarierin für Uvek-Themen interessiert. Aber ich fühle mich nicht gedrängt.

**Sie werden also nicht gemobbt?**

(Lacht) Nein, das werde ich nicht.

**Sie werden zum zweiten Mal Bundespräsidentin. Was bringt das eigentlich, ausser Ehre und etwas fürs Ego?**

Primär viel mehr Arbeit. Man muss die Bundesratssitzungen intensiver vorbereiten, und wir haben schon mehrere Klausuren vereinbart. Sie können also auch thematisch Einfluss nehmen und die politische Agenda besser steuern. Das ist wichtig, denn man kann sich als Bundesrat auch gut verstecken und die Führung der Verwaltung überlassen. Wichtig ist schliesslich die Stimmung im Gremium und eine gute Zusammenarbeit, auch mit dem Parlament. Ich werde mich dafür einsetzen, dass der Bundesrat eine gute Akzeptanz in der Bevölkerung hat.

**Mit dieser guten Stimmung im Bundesrat ist es so eine Sache. Natürlich ist es wichtig, dass die Bundesräte effizient zusammenarbeiten, aber die Schweiz hat ja keine Regierung wie andere Länder, wo der Wahlsieger die Mannschaft stellt. Die grossen Parteien sind alle vertreten, unterschiedliche Ansichten und Interessen prallen aufeinander. Sind Sie da nicht etwas allzu sehr im Wohlfühlmodus?**

Sie glauben wohl, dass wir Konflikte nicht austragen. Aber das passiert. Wir streiten! Deshalb haben wir auch das Mitberichtsverfahren, und es gibt keine Sitzung ohne solche Mitberichte. Diese bedeuten ja, dass man nicht einverstanden ist und es anders haben möchte. Man muss also diskutieren, aber wir machen das nicht mit der Keule in der Hand und nicht mit dem Zweihänder. Im Bundesrat geht es gesittet zu, bei uns muss man argumentieren.

**Wie muss man es sich vorstellen, wenn Sie streiten?**

Es gibt eine klare Ordnung, wer das Wort erhält. Wer einen Mitbericht macht und somit offiziell sagt, er sei nicht einverstan-



«Ich werde nicht gemobbt»: CVP-Bundesrätin Leuthard.

den, der darf zuerst reden. Danach dürfen die anderen reden und am Schluss derjenige, der das Geschäft vertritt. Dann sieht man schon, wie die Meinungen sind. Und am Schluss wird, wenn nötig, abgestimmt. **Wurde zur Zeit von Christoph Blocher und Pascal Couchepin anders gestritten als heute?**

Nicht wesentlich anders, aber man muss natürlich auch eine Lösung finden wollen, und diese beiden Kollegen waren grosse Kontrahenten. Deshalb gab es auch viel mehr Abstimmungen.

**War es lustiger?**

Nein, das finde ich nicht.

**Im Parlament gibt es wechselnde Allianzen, CVP und FDP neigen einmal nach rechts, dann nach links. Wie ist es im Bundesrat?**

Das ist auch so eine vereinfachte Vorstellung! Es sind eben nicht alle Fragen nach dem Schema «rechts oder links», «bürgerlich oder nicht bürgerlich» einzuordnen. Wir denken nicht in diesen Kategorien, sondern wägen ab, ob etwas richtig oder falsch ist und zu einer Lösung für die Menschen beiträgt.

**Die Linken wollen mehr Staat, die Rechten eher weniger. Wenn Sie von «richtig» oder «falsch» reden: Welches ist denn Ihr innerer Kompass, nach welchen Grundüberzeugungen richten Sie sich?**

Für mich ist klar: Den Staat braucht es nicht überall. Gerade bei Finanzfragen können Sie dem Bundesrat nicht vorwerfen, er wolle nicht sparen und dehne die Staatsaufgaben aus. Wenn wir dies tun müssen, ist es, weil es das Parlament verlangt. Haben Sie je ein Budget des Bundesrats gesehen, das vom Parlament unterschritten worden wäre? Der Bundesrat ist – gemäss Ihrer Denkweise – bürgerlicher als der Nationalrat und der Ständerat.

**Sie geben doch auch viel Geld aus: Bei der Energiestrategie 2050 haben Sie alle gekauft, indem Sie überall Subventionskassen aufgemacht haben.**

Mehr erneuerbare Energie braucht einen befristeten Anschlag. Wir erhöhen den Netzzuschlag von 1,5 auf 2,1 Rappen/kWh. Das sind zirka 360 Millionen Franken. Bei der Beratung hat das Parlament, nicht der Bundesrat, beschlossen, für die bestehende Wasserkraft 0,2 Rappen während fünf Jahren aus dem Fördertopf auszuschiütten. Das sind nochmals 120 Millionen Franken.

**Wie viele neue Beamte müssen Sie anstellen, um die Energiestrategie umzusetzen?**

Das Bundesamt für Energie wird, insbesondere auch zur Umsetzung der vom Parlament neu eingefügten Fördertatbestände, zwischen sechs und neun Stellen schaffen müssen.

**Christoph Blocher hat den Vorschlag gemacht, auch die Kernkraftwerke zu subventionieren.**

Da habe ich, ehrlich gesagt, etwas gestaunt. Jemand, der urbürgerlich sein will, fordert plötzlich noch mehr Staat. Damit würde alles teurer. Schon für Kaiseraugst musste der Staat wegen der Motion verschiedener Parlamentarier, unter ihnen auch Nationalrat Blocher, 350 Millionen Franken zahlen. Vielleicht setzt er jetzt einfach diese Politik fort.

**Es geht doch darum, dass alle gleich lange Spiesse haben.**

Die bestehenden Kraftwerke haben wir nicht unterstützt, und die Unterstützung für die Grosswasserkraftwerke hat das Parlament beschlossen, nicht der Bundesrat. Die meisten Förderinstrumente bestehen schon, wir dehnen die Subventionen nicht stark aus.

**Das Problem ist der verzerrte Markt: In diesem hochsubventionierten Umfeld haben die AKW keine Chance mehr.**

Die Verzerrung findet aber nicht in der Schweiz statt, sondern in der EU. Die Schweiz kann sich dem nicht entziehen. An den internationalen Strombörsen können Sie heute für zirka 4 Rappen Strom kaufen, da sind wir derzeit nicht konkurrenzfähig. So sind die Gewinne im Handel weggebrochen, die in den 2000er Jahren jährlich rund eine Milliarde Franken betragen. Darum

---

**«Ich fühle mich in meiner herkömmlichen Welt noch ziemlich wohl.»**

---

glaube ich, dass wir ein Stück weit nachziehen müssen mit dieser Förderung, damit wir einigermaßen mithalten können. Aber unsere Massnahmen bleiben etwa im Vergleich mit Deutschland sehr bescheiden.

**Wie weit sind Sie mit Ihrer persönlichen Energiewende?**

Ich brauche nicht viel Energie. Wir heizen mit Wärmepumpe und haben in den letzten zehn Jahren den Stromverbrauch um rund fünfzig Prozent reduziert.

**Gesellschaften wie die Alpiq wollen ihre Anteile an ihren Stromanlagen ins Ausland verkaufen. Was werden Sie dagegen unternehmen?**

Ich finde nicht, dass der Staat sich da einmischen sollte. Jedes Unternehmen muss zuerst einmal für sich selber entscheiden, ob es Teile seiner Wasserkraftanlagen ins Ausland verkaufen will. Dann muss man aber auch bedenken: Alpiq gehört schon heute zu einem Viertel den Franzosen. Man darf sich also auch nicht zu sehr darüber aufregen, wenn Kraftwerke an ausländische Interessenten verkauft werden. Ich bin aber über-

zeugt, dass es genug Schweizer Interessenten gibt. Die Schweizer Vertreter im Alpiq-Verwaltungsrat haben die Mehrheit und auch ein Herz für eine Schweizer Lösung. Wenn Schweizer Interessenten gute Offerten einreichen, gehe ich davon aus, dass man diese berücksichtigen kann. Mir ist vor allem wichtig, dass die Arbeitsplätze erhalten bleiben. Entscheidend ist ausserdem das Netz. Wir wollen, dass die Übertragungsleitungen in Schweizer Händen bleiben.

**Die SVP hat berechnet, dass die Energiestrategie 2050 insgesamt 200 Milliarden Franken kosten wird.**

Die Rechnung ist völlig falsch.

**Wie rechnen denn Sie?**

Unsere Rechnung, die im Gesetz verankert ist, sieht folgendermassen aus: Der Netzzuschlag, den die Konsumenten für die Förderung der erneuerbaren Energien bezahlen, steigt von 1,5 auf 2,3 Rappen. Ein durchschnittlicher Haushalt zahlt heute 75 Franken pro Jahr für den Netzzuschlag, künftig werden es 115 Franken sein. Die Förderung ist zudem befristet. Der notwendige Ausbau des Stromnetzes – derzeit im Parlament – wird auch etwas kosten, wir gehen von Kosten zwischen 14 und 18 Milliarden Franken bis 2050 aus. Das ist alles. Wir sind also weit von dem entfernt, was die SVP vorgerechnet hat.

**Wie kann es eine solche Differenz geben?**

Die SVP hat eine Lenkungsabgabe mitberechnet. Diese ist aber bis zur Stunde noch nicht beschlossen. Es ist sehr fantasievoll, Teile der Energiewende fest einzukalkulieren, die noch nicht einmal beschlossen worden sind.

**Sie legen die Hand ins Feuer, dass es nicht teurer kommt als von Ihnen jetzt geschil-**

**dert?** Wir haben die Kosten zur Energiestrategie 2050 ins Gesetz geschrieben, dort kann jeder selber nachrechnen.

**Die Lenkungsabgabe soll ja einst die Fördermassnahmen ablösen. Wird sie denn kommen oder nicht?**

Hier ist das Finanzdepartement von Bundesratskollege Ueli Maurer zuständig. So viel kann ich dazu sagen: Die Urek [die Energiekommission, die Red.] des Nationalrats wird im Januar entscheiden, ob es eine Energielenkungsabgabe geben wird.

**Kann die Energiestrategie 2050 überhaupt ohne Stromabkommen mit der EU funktionieren?**

Wenn wir im europäischen Strommarkt nicht integriert sind, dann werden Unternehmerinnen wie zum Beispiel Frau Martullo-Blocher für den Strom mehr zahlen müssen. Gegenwärtig schenkt das noch nicht ein. Aber das wird sich in den kommenden Jahren ändern. Je grösser der EU-Energie-Binnenmarkt wird, desto un-

günstiger wird für uns als Aussenstehende die Preissituation. Darum halten wir daran fest, dass wir ein Stromabkommen mit der EU brauchen.

**Man erlebt es alle Tage auf der Strasse: Stau, wohin man blickt. Die Zuwanderung bleibt hoch. Müssen wir uns damit abfinden, dass die Politik nicht in der Lage ist, den Bürgern freie Fahrt zu garantieren?**

Der Strassenverkehr nimmt nicht nur wegen der Zuwanderung zu, sondern weil

---

**«Ich werde mich im nächsten Jahr darum bemühen, die Normalität mit der EU wiederherzustellen.»**

---

Arbeits- und Wohnort immer weiter auseinanderliegen und die Bevölkerung sehr mobil ist. Ein grosser Teil des Verkehrs ist Freizeit- und Einkaufsverkehr.

**Und mit dem neuen Nationalstrassen- und Agglomerationsverkehrsfonds (NAF), über den wir im Februar abstimmen, schaffen Sie Abhilfe?**

Was wir bauen und an Engpassbeseitigungen mit dem neuen Fonds vornehmen können, löst das Problem nicht zu hundert Prozent. Wir kämpfen mit endlos langen Verfahren, Beschwerden ziehen sich über Jahre hin. Der Gubristtunnel ist ein Paradebeispiel dafür. Hier haben wir viele Jahre wegen Rechtsverfahren verloren, auch wegen Gemeinden, die ihre Interessen wahren. Das ist legitim, verzögert aber den Ausbau und erhöht die Kosten. Damit müssen wir in der Schweiz ein Stück weit leben. Wichtig ist jetzt aber, dass wir mit dem neuen NAF mehr Transparenz, Planungssicherheit und Geld bekommen. Dann können wir die Engpassbeseitigungsprojekte konsequent vorantreiben. Ich befürchte jedoch, dass es weitere Einsparungen und Verzögerungen geben wird. Der Güterverkehr wie der Personenverkehr werden nach wie vor zu fast 70 Prozent auf der Strasse abgewickelt. Und der Strassenverkehr wird in den kommenden Jahren weiter wachsen.

**Sie sagen selbst, dass auch mit dem neuen Strassenfonds die Probleme nicht vollkommen gelöst werden können. Wäre es also nicht dennoch angezeigt, bei der Zuwanderung den Hebel anzusetzen?**

Wie gesagt, die Zuwanderung ist nicht die Hauptursache für den Mehrverkehr. Wer in die Schweiz kommt, kauft sich nicht sofort ein Auto. Wir sind heute alle mobiler. Wenn es Wirtschaftswachstum gibt, dann bedeutet das in der Regel auch mehr Mobilität. Bei der Bahn planen wir auf den wichtigsten Strecken heute zum Beispiel den Viertelstundentakt. Wenn man unsere

Verkehrsinfrastruktur mit dem Ausland vergleicht, stehen wir top da, bei der Schiene wie bei der Strasse. Wir haben zwar Stauzeiten, aber, verglichen mit internationalen Grossstädten, ist es bei uns noch einigermaßen erträglich. Da Ausbauten in der Schweiz vom Platz her an Grenzen stossen, können wir nicht uneingeschränkt ausbauen. Wichtig ist darum auch, den Verkehr über den Tag hinweg besser zu verteilen. Wir haben etwa zwischen Zürich und Bern morgens um sieben Uhr einen Grossandrang. Im Rahmen von Mobility-Pricing haben wir Ideen entwickelt, wie man diese Spitzen ein wenig glätten könnte. Zum Beispiel durch flexiblere Arbeitszeiten. Wenn wir da 10 Prozent wegbrächten, wäre dies schon eine grosse Entlastung.

**Der Benzinzuschlag wird für den neuen Strassenfonds um vier Rappen erhöht. Wann kommt die nächste Benzinpreiserhöhung?**

Es wird kein Geld auf Vorrat erhoben: Die Erhöhung kommt erst, wenn die Reserven unter die Grenze von 500 Millionen Franken fallen. Damit ist 2019, 2020 zu rechnen. Um mehr Engpässe beseitigen zu können, wird es später wohl eine weitere Finanzierung in ähnlichem Umfang brauchen oder mit der E-Vignette eine Anpassung. Entscheidend ist, wie sich die Einnahmen und Ausgaben effektiv entwickeln – und wie stark man ausbauen will. Der Bundesrat unterbreitet dem Parlament alle vier Jahre ein Programm, das die Erweiterungen enthält, die nötig sind, um das Nationalstrassennetz leistungsfähig zu halten. Dem Parlament werden parallel dazu auch die Kredite unterbreitet.

**Als Bundespräsident ist man ebenfalls viel unterwegs, und zwar auch immer mehr im Ausland. Braucht es diesen Regierungstourismus wirklich?**

Ich kann nur für mich sprechen: Ich werde im kommenden Jahr nur ins Ausland reisen, wenn es wirklich nötig ist. Wir haben im Inland ein dichtes Programm: Anfang 2017 kommt der chinesische Staatspräsident zu Besuch. In Frankreich sind Neuwahlen, Deutschland wählt im Herbst, es ist also nicht so, dass ich sofort Kontakt knüpfen muss mit den Vertretern der umliegenden Länder. Es gibt auch kein Dossier, das uns dermassen auf den Nägeln brennt, dass ich deswegen sofort nach Brüssel reisen müsste. Mit dem vom Parlament abgesegneten Gesetz zur Masseneinwanderungsinitiative haben wir eine Lösung, für die wir keinen Segen aus Brüssel brauchen.

**Weil sich der Bundesrat diesen Segen schon im Voraus in Brüssel abgeholt hat.**

Ich halte es nicht für nötig, dass man nach Brüssel reist, um dort Zustimmung zu unserer Arbeit zu suchen. Wenn wir überzeugt

sind, dass unsere Gesetze im Einklang sind mit den Verträgen zwischen der Schweiz und der EU, ist das für mich in Ordnung. Dass man dann auf technischer Ebene die Beschlüsse in Brüssel erläutert, ist richtig. Aber dazu braucht es nicht unbedingt den Bundesrat. Auf der anderen Seite haben wir schon ein Interesse daran, dass die Beziehungen zur EU wieder zurück zur Normalität finden. Den Brexit darf man nicht unterschätzen. Er wird weiterhin Unsicherheit auslösen. Und daran hat niemand Interesse, auch unsere Wirtschaft nicht. Ich werde mich im nächsten Jahr darum bemühen, die Normalität mit der EU wiederherzustellen – aber selbstverständlich auf Augenhöhe.

**Auch der iranische Staatspräsident ist für 2017 angesagt. Was machen Sie, wenn er Ihnen den Handschlag verweigert?**

Davon habe ich auch schon gehört. Vielleicht kam es beim Staatsbesuch von Bundespräsident Schneider-Ammann im Iran zur Sprache.

**Sie sind schon seit Jahrzehnten in der Bundespolitik: Was treibt Sie immer noch an?**

Das Wohl für die Menschen und meine Projekte. Und das sind derzeit der Nationalstrassen- und Agglomerationsverkehrsfonds und die Energiestrategie. 2017 rücken auch Klimafragen verstärkt in den Vordergrund. Ich finde Politik grundsätzlich hochspannend. Es ist ein Privileg, dass ich in dieser Regierung mitarbeiten kann. Ich habe jetzt auch eine gewisse Erfahrung, man ist etwas gelassener, man weiss, wie es funktioniert, auch auf der internationalen Ebene. Der Bundesrat hat heute mehr Erfahrung als die meisten Staatspräsidenten und Premierminister. Wenn man alle zwei oder drei Jahre Wechsel hat, kann man nicht mit dem gleichen Rucksack antreten wie die Mitglieder des Bundesrats, die alle seit Jahren im Amt sind. Aus diesem Erfahrungsschatz kann man schöpfen. Wir haben eine Stabilität, um die uns viele beneiden – das kann man in internationalen Meetings dann auch einbringen.

**Was vermissen Sie heute, und worauf freuen Sie sich, falls Ihre Amtszeit doch einmal enden sollte?**

Auf mehr Zeit, um ein Konzert zu besuchen oder ins Theater zu gehen. Ausser in den Ferien habe ich fast keine Zeit, ein Buch zu lesen. Das vermisste ich sehr. Es gibt auch andere Interessen, bei denen man zurücksteckt, weil die Arbeit vorgeht. Ich bin eine disziplinierte Person und fühle mich dem Amt verpflichtet: Wenn ich es schon übernommen habe, dann mit voller Kraft.

**Was lesen Sie? Stimmt es, dass Sie Liebesromane verschlingen?**

(Lacht) Ja, auch. Zum Ausgleich. Krimis lese ich hingegen nicht gern. ○